

## Deutschlands Zukunft neu vermessen

**Demografischer Wandel.** Deutschlands Einwohnerzahl wird in den kommenden 15 Jahren kaum oder gar nicht zurückgehen, sagt das Statistische Bundesamt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt in seiner neuen Bevölkerungsprognose zu einem anderen Ergebnis. [i](#)

Deutschland schrumpft und altert. Seit hierzulande über den demografischen Wandel diskutiert wird, also seit etwa dreißig Jahren, gilt diese Erkenntnis als Allgemeinplatz. Umso mehr Erstaunen hätte es eigentlich hervorrufen müssen, dass das Statistische Bundesamt dem

Land aktuell zwar immer noch Alterungserscheinungen attestiert, aber von einem Bevölkerungsrückgang nichts mehr wissen will – zumindest nicht für die kommenden 15 Jahre (Grafik Seite 2):

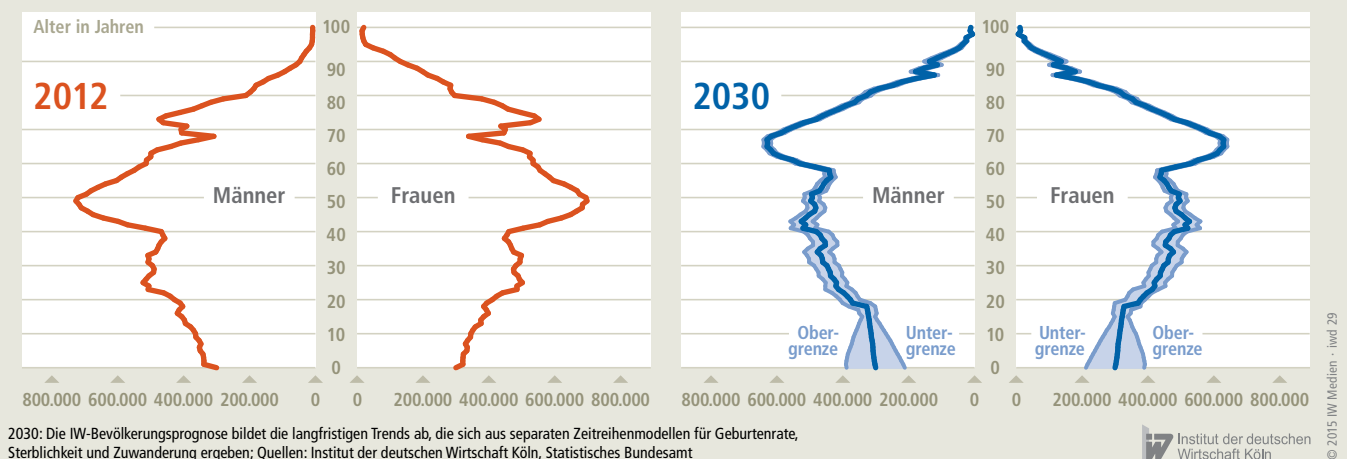
**Laut Statistischem Bundesamt wird Deutschland im Jahr 2030 noch**

**79 bis 81 Millionen Einwohner haben, also kaum weniger als heute.**

In der vorherigen Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2009 waren die Statistiker noch von einem Rückgang auf 77 bis 79 Millionen Bundesbürger ausgegangen. Der Hauptgrund für diese veränderten Perspektiven ist eine Korrektur der Nettozuwanderung nach oben: In seiner neuen Abschätzung geht das Statistische Bundesamt davon aus, dass in der näheren →

### So altert Deutschland

So viele Männer und Frauen in diesem Alter leben in Deutschland



### Inhalt

**Gründungen.** Im Jahr 2014 wurden in Deutschland nur noch 310.000 Betriebe als Haupterwerb gegründet.  
Seite 3

**Fachkräfteengpässe.** Viele Firmen haben Probleme, ihre Stellen zu besetzen. Dabei gibt es jedoch große Unterschiede zwischen frauen- und männertypischen Berufen.  
Seite 4-5

**Einkommensverteilung.** Die Ungleichheit in Deutschland steigt seit 2005 nicht mehr an und auch künftig öffnet sich die Lohnschere nicht weiter.  
Seite 6

**Island.** Der Inselstaat im Nordatlantik hat seinen EU-Beitrittsantrag offiziell zurückgezogen.  
Seite 7

**Pendler.** In Deutschland wird wieder mehr gependelt. Meist ist man aber nach 30 Minuten am Arbeitsplatz  
Seite 8

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Zukunft per saldo, also abzüglich der Auswanderer, etwa eine halbe Million Menschen pro Jahr kommt und sich die Nettozuwanderung erst später bei jährlich 100.000 oder 200.000 einpendelt.

Ganz so eindeutig ist die Sache jedoch nicht: Die vor kurzem veröffentlichte – methodisch anders vorgehende – Bevölkerungsprognose des IW Köln gibt keine Entwarnung. Das Institut hat die langfristigen Trends zu Geburtenrate, Sterblichkeit und Zuwanderung in separaten Zeitreihen fortgeschrieben und kommt so zu Ergebnissen mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit:

**Nach den IW-Berechnungen zählt Deutschland 2030 nur noch 78,7 Millionen Einwohner – gut 2,2 Millionen weniger als in der optimistischen Variante der amtlichen Prognose und über eine halbe Million weniger als in der pessimistischen.**

Das IW Köln rechnet vor allem mit einer geringeren Zuwanderung als die Wiesbadener. Der derzeit so starke Zustrom aus Südeuropa beruht schließlich auf der dortigen schlechten Wirtschaftslage. Sobald es wieder aufwärtsgeht, kommen voraussichtlich weniger Spanier und Portugiesen nach Deutschland.

Daran, dass die Gesellschaft altert, zweifelt zwar niemand mehr. Die IW-Prognose veranschaulicht aber noch einmal, wie stark sich der Altersschwerpunkt der Bevölkerungspyramide mit der sogenannten Babyboomer-Generation der heute um die 50-Jährigen nach oben verlagert (Grafik Seite 1):

**Im Jahr 2030 werden in Deutschland 7,4 Millionen 65- bis 70-Jährige leben – 2,5 Millionen mehr als 2012.**

Heute sind rund 29 Millionen Bundesbürger jünger als 35 Jahre, im Jahr 2030 wird das lediglich noch

auf 25,7 Millionen Deutsche zutreffen. Im Gegenzug werden jedoch 26,5 Millionen Menschen 60 Jahre und älter sein, während das Land derzeit nur 22,3 Millionen Ältere zählt. Diese Verschiebungen haben gravierende ökonomische Folgen:

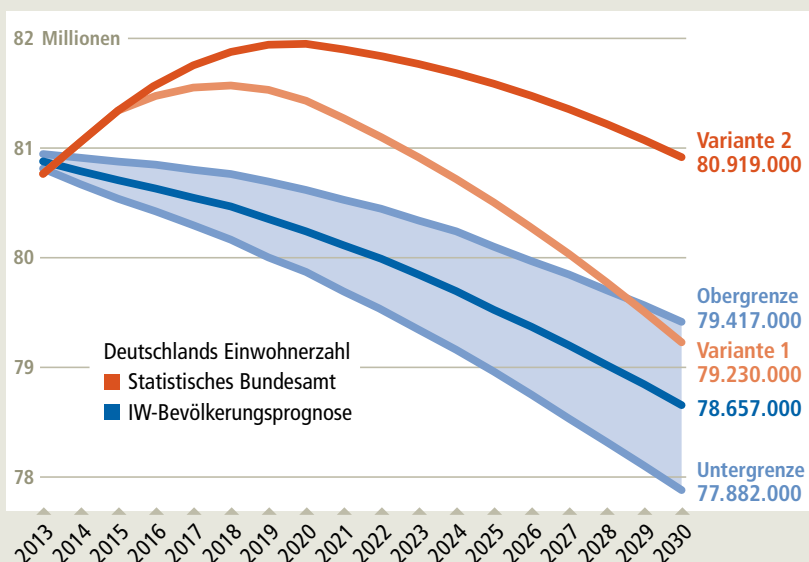
- **Kapitalmarkt.** Viele Rentner werden ihr Vermögen verflüssigen, also vom einst angelegten Geld leben. Die Nachfrage nach Anlagemöglichkeiten geht dadurch tendenziell zurück und die Kapitalrenditen geraten unter Druck.

- **Wohnungsmarkt.** Auch und gerade ältere Menschen bevorzugen die gute Infrastruktur der Städte. In ländlichen Gebieten wird deshalb der Leerstand zunehmen, während in den Großstädten die Nachfrage nach Wohnraum weiter steigt und die Mieten sowie Kaufpreise nach oben treibt.

- **Arbeitsmarkt.** Wenn die Babyboomer ab 2020 in den Ruhestand gehen, sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich – und die Fachkräftengpässe verschlimmern sich.

- **Produkt- und Dienstleistungsmärkte.** Die Unternehmen müssen sich auf die Konsumwünsche älterer Menschen einstellen. Wie konsumfreudig die künftigen Alten überhaupt sein werden, wird sich ohnehin erst noch zeigen. Recht wahrscheinlich ist eine Verschiebung des Kaufverhaltens weg von materiellen Gütern wie Kleidung und Technik hin zum Dienstleistungskonsum, angefangen von Wellnessangeboten bis zur Unterstützung im Haushalt.

## Und wir schrumpfen doch



Die Annahmen des Statistischen Bundesamts

	Variante 1	Variante 2
Geburtenrate	1,4 Kinder je Frau	
Lebenserwartung	Anstieg bis 2060 auf 84,8 Jahre bei Männern und 88,8 Jahre bei Frauen	
Nettozuwanderung	anfangs 500.000, langfristig 100.000	
	anfangs 500.000, langfristig 200.000	

Statistisches Bundesamt: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2015; IW-Bevölkerungsprognose: bildet die langfristigen Trends ab, die sich aus separaten Zeitreihenmodellen für Geburtenrate, Sterblichkeit und Zuwanderung ergeben; Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Statistisches Bundesamt

## i aus IW-Trends 2/2015

Philipp Deschermeier: Die Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2030 – ein Methodenvergleich

[iwkoeln.de/bevoelkerungsvorausberechnung](http://iwkoeln.de/bevoelkerungsvorausberechnung)

# Gründlos in Deutschland

**Gründungen.** Im Jahr 2014 wurden in Deutschland nur 310.000 Betriebe als Haupterwerb gegründet – so wenige wie schon lange nicht mehr. Das IW Köln will diesen Trend mit einem Bündel an Maßnahmen stoppen.

Die USA haben Silicon Valley – aber was ist mit Deutschlands „Ideenhausen“? Weitgehend Fehl-anzeige. Dabei sind Unternehmensgründungen für eine Volkswirtschaft wie ein Jungbrunnen: Menschen mit Ideen und Risikobereitschaft bringen oft grundlegende Innovationen in traditionelle Branchen.

Dass Start-ups die Wirtschaft beleben, haben Bund, Länder und die Europäische Union erkannt und fördern Gründungswillige mit verschiedenen Programmen – in der Hoch- und Spitzentechnologie, aber auch neue Firmen ohne besonderen Technologieanspruch.

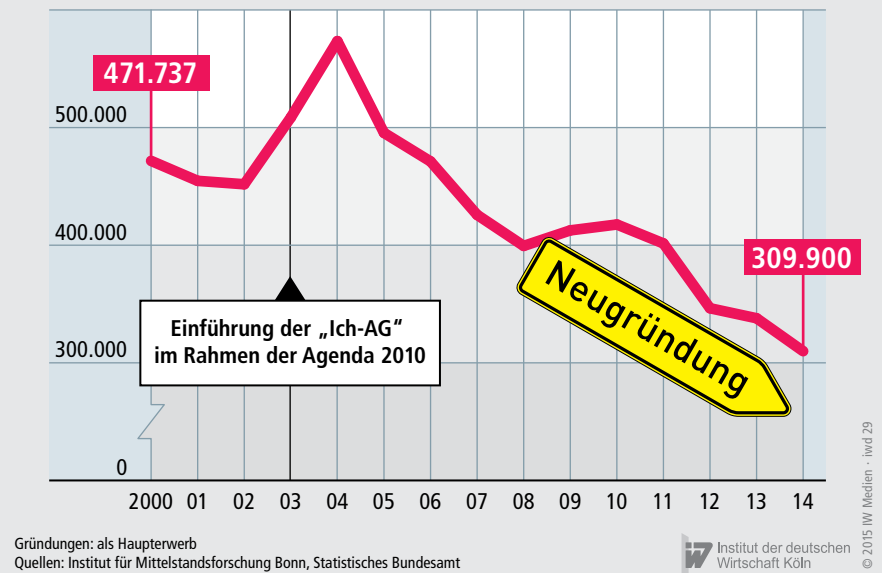
**Trotz der guten Fördermöglichkeiten geht die Zahl der Gründungen in Deutschland seit gut zehn Jahren kontinuierlich zurück.**

In Deutschland hat sich bisher keine Gründerkultur etabliert; der Spaß an einer eigenständigen unternehmerischen Tätigkeit kann die damit oft einhergehende soziale Unsicherheit und die meist langen Arbeitszeiten offenbar nicht wettmachen (Grafik).

Viele Deutsche gründen deshalb nur dann eine Firma, wenn sie keine Alternative am Arbeitsmarkt sehen. Folglich trägt der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren dazu bei, dass die Zahl der Gründungen stetig sinkt. Außerdem hat der Staat 2012 den Zuschuss für

## Weniger neue Firmen

Unternehmensgründungen in Deutschland



Gründungen aus der Erwerbslosigkeit so reformiert, dass weit weniger Interessenten förderberechtigt sind.

Aber auch Hochqualifizierte, die ohnehin selten arbeitslos sind, riskieren nicht oft den Schritt in die Selbstständigkeit. An Schulen und Universitäten wird diese Form der Arbeit kaum als Alternative zu einer angestellten Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder in einer großen Firma vermittelt.

Wagt es ein High Potential dennoch, eine Firma zu gründen, kann er dies oft nur schwer über Wagniskapital finanzieren. Denn während die allgemeine Gründungsförderung über die staatliche Förderbank KfW und weitere Geldgeber gut ausgebaut ist, ist der deutsche Venture-Capital-Markt aufgrund der vielen steuerlichen Einschränkungen überaus schwach entwickelt.


Um dem Abwärtstrend bei Unternehmensgründungen entgegenzuwirken, empfiehlt das Institut der

deutschen Wirtschaft Köln (IW) folgende Maßnahmen:

- Die zahlreichen **Förderprogramme** sollten besser gebündelt und kommuniziert werden.
- Durch **Anreize für mehr Wagniskapital** sollten Start-ups leichter Zugang zu Investitionsmitteln erhalten (vgl. iwkd 11/2015).
- Die **ökonomische Bildung an Schulen** sollte verbessert und ausgebaut werden. Untersuchungen von Schulbüchern zeigen, dass Entrepreneurship in den Lehrplänen bisher kaum eine Rolle spielt.
- Gründer und Unternehmen werden zunehmend durch **Bürokratie** in ihrem Wachstum gehemmt. Diese Hürden ließen sich verringern, indem Behörden Meldeverfahren bündeln und vermehrt online anbieten sowie eine spezielle Anlaufstelle für Gründer schaffen.

Vgl. IW policy paper 17/2015 unter:  
[iwkoeln.de/gruendungen](http://iwkoeln.de/gruendungen)

# Rollenklischees überwinden

**Fachkräfteengpässe.** Viele Unternehmen haben Schwierigkeiten, ihre Stellen zu besetzen – doch das trifft keineswegs auf alle Positionen gleichermaßen zu. Denn es gibt große Unterschiede zwischen frauen- und männertypischen Berufen. Folglich sind ganz unterschiedliche Gegenmaßnahmen nötig. 

Nennen wir den jungen Mann Niklas. Als Zerspanungsmechaniker bedient und programmiert er hochkomplexe Maschinen zur Herstellung von Flugzeugteilen. Niklas ist dabei nahezu ausschließlich von Kollegen umgeben, denn fast 98 Prozent der 168.000 Beschäftigten in der spanenden Metallbearbeitung sind männlich. In diesem Beruf herrscht zudem ein anhaltender Fachkräfteengpass – das bedeutet, dass zwischen August 2011 und April 2015 bundesweit die Zahl der Arbeitslosen nicht ausreichte, um alle offenen Stellen zu besetzen.

Das Pendant zu Niklas und der Zerspanungstechnik könnte Johanna heißen und in der Altenpflege arbeiten – beide zusammen stehen für das Phänomen, dass sowohl das Ausmaß der Fachkräfteengpässe als auch die betroffenen Berufe sehr stark vom Geschlecht abhängen.

**Männertypische Berufe** sind von den Engpässen am stärksten betroffen (Grafik Seite 5 oben):

**In fast einem Viertel der 277 untersuchten männertypischen Berufe fehlt es anhaltend an Fachkräften.**

Zu den männertypischen Berufen – das sind jene, in denen mindestens 70 Prozent der Beschäftigten männlich sind – zählen vor allem Berufe mit körperlich anstrengenden Tätigkeiten. In der Bau- und Gebäudetechnik etwa beträgt die Frauenquote insgesamt 6 Prozent, wobei die Spanne von 0,3 Prozent in der Sani-

tär-, Heizungs- und Klimatechnik bis 24 Prozent bei den Bauingenieuren reicht. Die größten Engpässe sind im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und im Handwerk zu finden (Grafik Seite 5 unten):

**In den männertypischen Berufen fehlen vor allem Kältetechniker, Mechatroniker und Bauelektriker – hier kommen auf je 100 gemeldete offene Stellen maximal 41 Arbeitslose.**

**Frauentypische Berufe** mit Fachkräfteengpässen sind fast ausschließlich im Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung zu finden: 15 der 17 Engpassberufe gehören dazu. Angeführt wird das Ranking von der Fachkrankenpflege. Hier kommen auf 100 gemeldete offene Stellen nur 33 Arbeitslose. In der Altenpflege ist die Situation ähnlich angespannt. In beiden Berufen sind rund 80 Prozent der Beschäftigten weiblich.

Dass in frauentypischen Berufen insgesamt weniger Engpässe bestehen als in männertypischen Berufen, hat einen Grund: Frauen konzentrieren sich bei der Berufswahl auf weniger Berufe als Männer – und diese Berufe sind meistens durch eine hohe Beschäftigtenzahl geprägt. In der von Frauen dominierten Gesundheits- und Krankenpflege zum Beispiel gibt es 583.000 Beschäftigte. Im männertypischen Engpassberuf Kältetechnik dagegen arbeiten nur 8.300 Beschäftigte.

**Gemischte Engpassberufe**, die sich durch ein recht ausgeglichenes Ge-

schlechterverhältnis auszeichnen, gibt es relativ wenige. Nur 15 der 205 untersuchten Berufe dieser Kategorie haben ein anhaltendes Problem mit Fachkräfteengpässen. Dazu zählen beispielsweise die Steuerberatung, die Systemgastronomie, aber auch einige Berufe aus dem Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung.

Arbeitgeber und Politik sind gleichermaßen gefordert, das Problem der geschlechterbezogenen Engpassberufe anzugehen. Dabei können folgende Ansätze helfen:

- **Stereotypes Geschlechterdenken überwinden:** Durch eine stärkere Einbindung von Männern in frauentypische Berufe und umgekehrt erschließt sich den Unternehmen ein zusätzliches Potenzial an Nachwuchs- und Fachkräften. Allerdings braucht es dazu Geduld, denn das Aufbrechen geschlechterspezifischer Berufswahlmuster gelingt nicht von heute auf morgen. Erste Erfolge gibt es in den naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. Dort ist die Zahl der Absolventinnen zwischen 2000 und 2013 von rund 15.000 auf knapp 33.000 gestiegen.
- **Gezielte Nachwuchssicherung:** Bei der Suche nach Auszubildenden müssen die Unternehmen versuchen, auch in Zusammenarbeit mit den Schulen Klischees abzubauen. Besonders vielversprechend sind zum Beispiel Berufsorientierungstage, Betriebsbesichtigungen oder Projektwochen, die den jungen Leuten Gelegenheit geben, durch einen praxisnahen Einblick in den Berufsalltag herauszufinden, ob ihnen ein vermeintlich untypischer Beruf vielleicht doch Spaß macht.

### • Kinderbetreuung weiter ausbauen:

Gerade frauentypische Berufe bergen ein großes Fachkräftepotenzial, das gehoben werden könnte. Gut eine Millionen Beschäftigte in Engpassberufen arbeitet in Teilzeit, davon allein 670.000 im Bereich Gesundheit, Soziales und Bildung. Der Großteil dieser Teilzeitkräfte sind Frauen, und viele von ihnen verzichten nur deshalb auf eine Vollzeitstelle, weil sie Familie und Beruf nicht unter einen Hut bringen können.

Die Politik hat diese Problematik erkannt und bereits große Anstrengungen unternommen, Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, damit mehr Frauen ihre Arbeitszeit ausweiten können. Allerdings gibt es noch Verbesserungspotenzial, zum Beispiel könnten mehr Grundschulen Ganztagsbetreuung anbieten.

• **Familienfreundliche Personalpolitik:** Vor allem in den männertypischen und meist auf Vollzeit ausgelegten Berufen der M+E-Industrie könnten die Unternehmen zusätzliche Anreize für Frauen schaffen, die ausdrücklich nur Teilzeit arbeiten wollen, damit die Familie nicht zu kurz kommt. Doch auch viele junge Männer wissen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schätzen. Mit Telearbeit, Arbeitszeitkonten und Vertrauensarbeit können die Unternehmen ihre Attraktivität für beide Geschlechter erhöhen.

### Gutachten

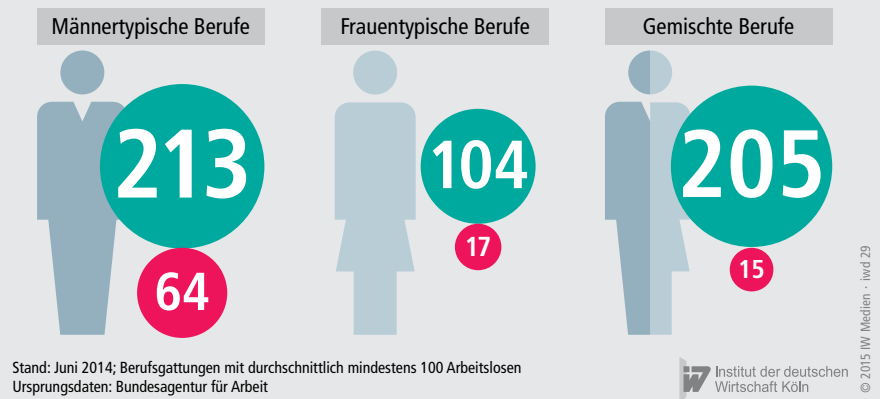
Sebastian Bußmann: Fachkräfteengpässe in Unternehmen – Geschlechterunterschiede in Engpassberufen

Download unter: [kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de](#)

## Fachkräfteengpässe: Typisch Mann, typisch Frau

Es handelt sich um einen frauen- bzw. männertypischen Beruf, wenn über 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Beruf weiblich bzw. männlich sind. Sind beide Geschlechter zu mindestens 30 Prozent vertreten, spricht man von einem gemischten Beruf.

■ Berufe ohne anhaltende Engpässe ■ Berufe mit anhaltenden Engpässen



Ein Fachkräfteengpass liegt vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen nicht ausreichen, um die offenen Stellen zu besetzen. Da im Schnitt nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, geht man bereits dann von einem Engpass aus, wenn auf je 100 gemeldete offene Stellen weniger als 200 Arbeitslose kommen.

## Wo Fachkräfte fehlen

Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen je 100 gemeldete offene Stellen zwischen August 2011 und April 2015

Frauentypische Berufe	
Fachkrankenpflege	33
Altenpflege ohne Spezialisierung	35
Gesundheits- und Krankenpflege ohne Spezialisierung	64
Sprachtherapie	68
Physiotherapie	72
Medizinisch-technische Berufe der Radiologie	90
Steuerberatung	93
Augenoptik	99
Altenpflege mit Spezialisierung	119
Aufsichtskräfte – Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehung	123
Männertypische Berufe	
Kältetechnik	32
Mechatronik	40
Bauelektrik	41
Triebfahrzeugführung Eisenbahn	46
Elektrische Betriebstechnik	48
Sanitär-, Heizung-, Klimatechnik	53
Automatisierungstechnik	57
Informatik	57
Elektromaschinentechnik	64
Ver- und Entsorgung ohne Spezialisierung	64

Berufsgattungen mit durchschnittlich mindestens 100 Arbeitslosen  
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



# Absolute und relative Wahrheiten

**Einkommensverteilung.** Das Vorurteil, nach dem die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, hält sich hartnäckig. Tatsächlich aber steigt die Ungleichheit in Deutschland seit 2005 nicht mehr an. Und auch künftig öffnet sich die Schere bei den Löhnen laut einer neuen Studie nicht weiter. Auch wenn die Autoren – vielleicht aus Marketinggründen – zunächst etwas anderes suggerierten.

Die Themen soziale Ungleichheit und Armut liefern fast immer Schlagzeilen – auch deshalb, weil sich die dahintersteckenden Zahlen unterschiedlich interpretieren lassen. Es gibt verschiedene Einfallstore für Manipulationen:

**Die Definition.** Relative Einkommensarmut wird oft mit Armut gleichgesetzt – tatsächlich aber ist sie ein Maß für Einkommensungleichheit und liegt dann vor, wenn jemand weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das ist jenes Einkommen, das die gesamte Bevölkerung in zwei Hälften

teilt – die eine hat mehr, die andere weniger.

Das heißt auch: Selbst wenn sich die Einkommen aller Bürger verdoppeln oder halbieren – die relative Einkommensarmut bleibt gleich. So haben zum Beispiel die Griechen in den letzten Jahren deutliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, die relative Einkommensarmut ist dennoch kaum gestiegen.

Armut liegt laut EU-Definition dann vor, wenn es an Ressourcen – beispielsweise Einkommen – mangelt und gleichzeitig der Lebensstandard unzureichend ist. Der Anteil der Bundesbürger, die aus finanziellen Gründen auf Wesentliches verzichten müssen, ist seit 2007 deutlich gesunken, aber noch immer viel höher als Anfang des Jahrtausends.

**Die Wahl des Zeitraums.** Nimmt man das Jahr 2005 als Startpunkt, dann hat das einkommensschwächste Zehntel der Bevölkerung sein Einkommen bis 2012 um rund 7 Prozent steigern können, das Zehntel der Topverdiener kam auf ein Plus von

4 Prozent. Und der Anteil der Personen in relativer Einkommensarmut lag über den gesamten Zeitraum bei rund 14 Prozent.

Nimmt man dagegen das Jahr 2000 als Basis, ist der Anteil der Bundesbürger in relativer Einkommensarmut bis 2012 um fast 3 Prozentpunkte gestiegen und auch die Einkommensungleichheit hat deutlich zugenommen. Es ist also richtig zu sagen, dass die relative Einkommensarmut langfristig gestiegen ist. Aber es ist falsch zu behaupten, es handele sich um einen ununterbrochenen Trend – und der sei auf die Hartz-Reformen zurückzuführen.

**Der Unterschied zwischen absolut und relativ.** Eine neue Studie des Forschungsinstituts Prognos und der Bertelsmann Stiftung hat die voraussichtliche Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Deutschland für die Jahre 2012 bis 2020 untersucht. Zentrale Botschaft in der Kurzfassung der Studie: Die Lohnschere öffnet sich.

In absoluten Zahlen heißt das: Zwischen 2012 und 2020 steigen die Einkommen des unteren Fünftels um insgesamt 750 Euro, während das Fünftel der Topverdiener ein Plus von 5.300 Euro erwarten darf.

Schaut man dann etwas tiefer in die Studie und betrachtet das Ganze relativ, sieht die Wahrheit allerdings ganz anders aus (Grafik):

**Die Nettojahreseinkommen des untersten Fünftels werden bis 2020 um 10,4 Prozent zulegen, die der Topverdiener um 9,7 Prozent.**

Die Einkommen driften also nicht weiter auseinander, sondern sie nähern sich erneut ein wenig an.

## Einkommensentwicklung: Eine Frage der Perspektive

Preisbereinigte Entwicklung der Nettojahreseinkommen je Erwerbstätigen

	2012 in Euro	Zunahme bis 2020 in Euro	Zunahme bis 2020 in Prozent
1. Quintil	7.200	750	10,4
2. Quintil	14.550	1.350	9,3
3. Quintil	20.450	1.750	8,6
4. Quintil	27.850	2.300	8,3
5. Quintil	54.700	5.300	9,7

1. Quintil: das Fünftel der Erwerbstätigen mit den niedrigsten Einkommen; 5. Quintil: das Fünftel der Erwerbstätigen mit den höchsten Einkommen; Annahme: Die Realeinkommen je Stunde entwickeln sich wie die Produktivität; Quellen: Bertelsmann Stiftung, Prognos

# Nordmänner sagen Nein

**Island.** Der Inselstaat im Nordatlantik hat seinen 2009 eingereichten EU-Beitrittsantrag offiziell zurückgezogen. Gegner eines Beitritts fürchten, dass ausländische Fangflotten die Gewässer vor der isländischen Küste leerfischen.

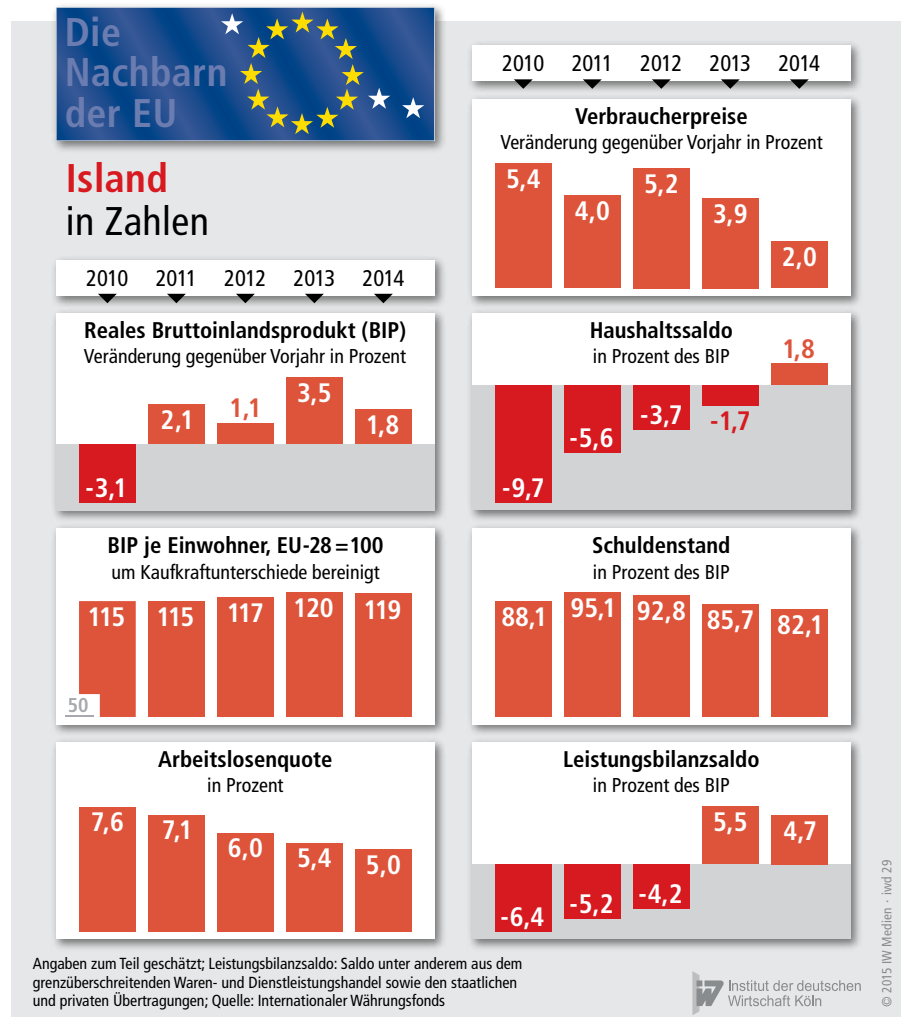
Island ist Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum. Es hat damit weitgehend freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Das spiegelt sich in den Handelsströmen wider: Im Jahr 2013 flossen 74 Prozent der isländischen Exporte in die EU. Aus der Union bezog das Land 47 Prozent seiner Einfuhren.

Die Europäische Union führt aus Island vor allem Aluminium ein, gefolgt von Fischereierzeugnissen. Aluminium lässt sich wegen des günstigen Geothermiestroms in Island vergleichsweise billig herstellen.

Es waren jedoch nicht die engen Handelsbeziehungen, die Island 2009 veranlasst haben, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen. Vielmehr hoffte die rot-grüne Regierung in Reykjavik damals, dass das Land durch den Beitritt schneller aus seiner Wirtschaftsmisere herauskommt. Denn ein Jahr zuvor hatte der Inselstaat aufgrund der Krise seines Bankensystems vor dem wirtschaftlichen Kollaps gestanden (vgl. iwD 33/2009) – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte 2009 und 2010 um insgesamt gut 8 Prozent.

Inzwischen hat sich Island mit finanzieller Unterstützung des IWF und einiger europäischer Länder erholt (Grafik).

**Für 2015 rechnet das isländische Statistikamt sogar mit einem Wachstum von 3,8 Prozent.**



Aufgrund der wirtschaftlichen Genesung und nach einem Regierungswechsel im Jahr 2013 hatte es Island nicht mehr eilig, der EU beizutreten. Im März 2015 zog Außenminister Gunnar Bragi Sveinsson von der liberal-konservativen Koalition den Aufnahmeantrag sogar offiziell zurück.

Der Beitritt war politisch immer umstritten. Gegner befürchten, dass Trawler aus EU-Ländern dann die Gewässer vor der Vulkaninsel leerfischen. Fischerei und Fischverarbeitung tragen in Island immerhin knapp 10 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Allerdings verliert der Fischfang an Bedeutung. Während isländische Schiffe 1997 noch 2,2 Millionen Tonnen Fisch aus dem Meer zogen, waren es 2013 nur noch 1,3 Millio-

nen Tonnen. Ein anderer Wirtschaftszweig, der Tourismus, wird dagegen immer wichtiger:

**Die Zahl der ausländischen Besucher hat sich zwischen 1997 und 2013 von 200.000 auf 800.000 vervierfacht.**

Trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung sind die Folgen der Krise noch nicht gänzlich überwunden. So wurden die 2008 eingeführten Kapitalverkehrskontrollen erst kürzlich gelockert: Die Regierung hat Anfang Juni angekündigt, dass ausländische Gläubiger isländischer Banken ihr Kapital gegen eine Steuer in Höhe von 39 Prozent ausführen können. Ohne diese Steuer, so die Befürchtung der Regierung, könnten die Gläubiger bis zu 3,4 Milliarden Euro abziehen – das entspräche einem Viertel des isländischen BIP.

# Eine halbe Stunde reicht

**Pendler.** In Deutschland wird wieder mehr gependelt – eine Folge der zunehmenden Beschäftigung. Busse, Bahnen und Straßen sind deshalb voller. In der Regel ist man allerdings nach 30 Minuten am Arbeitsplatz.

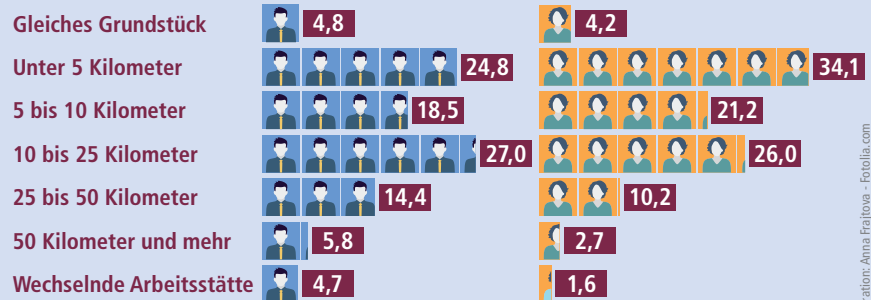
Rushhour in der Stadt ist für die Nutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln oft der reine Horror. Es ist eng, es muffelt und man macht gelegentlich mit dem Ellenbogen des Nachbarn Bekanntschaft.

Dass die Bundesbürger morgens und abends immer häufiger zusammenrücken müssen, kommt nicht von ungefähr: Wohnen und Arbeiten in der Stadt stehen wieder hoch im Kurs. In den 15 größten deutschen Städten leben inzwischen 17 Prozent der Bundesbürger – im Jahr 2000 waren es erst 15,5 Prozent.

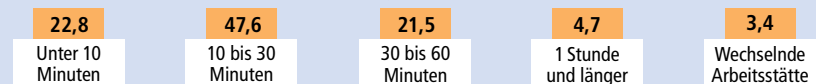
Gleichzeitig ist die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren stetig gestiegen, von 38,8 Millionen im Jahr 2005 auf 42,6 Millionen

## Wohin pendeln sie denn?

So viel Prozent der Erwerbstätigen haben es so weit zur Arbeitsstätte



So viel Prozent der Pendler brauchen so lange zur Arbeitsstätte



Stand: 2012; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 29 - Illustration: Anna Frejlova - Fotolia.com

2014. Und fast alle müssen pendeln, denn auf dem gleichen Grundstück – also im Homeoffice oder im eigenen Handwerksbetrieb – arbeiten nicht einmal 5 Prozent der Erwerbstätigen (Grafik).

Selbst die Straßen außerhalb der Metropolen und wachsenden Städte sind aufgrund der Jobhause noch gut ausgelastet: Erst nach 2020, wenn die Babyboomer in Rente gehen, dürfte der demografische Wandel in vielen Regionen abseits der Wirtschaftszentren zu deutlichen Rückgängen der Beschäftigung und damit auch der Pendlerzahlen führen. Doch so weit ist es noch nicht:

**Zwischen 2004 und 2012 ist die Zahl der Pendler um 11 Prozent gestiegen – ähnlich rasant wie die Beschäftigung.**

Das IW Köln geht davon aus, dass es 2015 bei weiter steigender Erwerbstätigkeit einen neuen Pendler-

rekord geben dürfte – gut 40 Millionen Menschen werden sich entweder täglich oder bei Teilzeit mehrmals wöchentlich auf den Weg machen, um ihren Arbeitsort zu erreichen.

Weil sich Jobs und Menschen zunehmend auf die Großstädte konzentrieren, sind die Arbeitswege nicht länger geworden. Im Jahr 2012 lebte wie 2004 knapp die Hälfte der Pendler maximal zehn Kilometer von ihrem Arbeitsort entfernt.

Während in den Metropolen der öffentliche Nahverkehr eine zentrale Rolle spielt, dominiert anderswo das Auto. Im Saarland fahren 9 von 10 Pendlern mit ihrem Pkw zur Arbeit, in Sachsen-Anhalt und Thüringen 8 von 10. In Berlin dagegen nutzen 44 Prozent U- und S-Bahn, Tram oder Bus. Das Auto kommt nur auf einen Anteil von 39 Prozent, während deutschlandweit zwei Drittel der Pendler den Pkw nutzen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwvd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.